

# Lärmschutz auch tagsüber gewährleisten

## Politiker der Region begrüßen Urteil und werten Entscheidung als Teilerfolg

**Region Hanau** (pm/maf). Sie mögen zuletzt nicht immer einer Meinung gewesen sein, zumindest gestern aber freuten sich Dr. Sascha Raabe (SPD) und Dr. Peter Tauber (CDU) in gleicher Angelegenheit. Beide Bundestagsabgeordnete für den Main-Kinzig-Kreis äußerten sich in Pressemitteilungen aus ihren Berliner Büros positiv über das Nachtflugverbot und verwiesen auf das Recht der Bürger auf Ruhe.

„Das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs ist eine sehr gute Entscheidung für den Lärmschutz in unserer Region. Damit ist auch eine zentrale Forderung der Rodenbacher Erklärung erfüllt, der sich auch der Kreistag angeschlossen hat“, so Tauber.

Er unterstreicht weiter, dass es nach wie vor das Ziel sein müsse, den größtmöglichen Lärmschutz zu erreichen.

Dabei sei die Anhebung der Flughöhen ein wichtiger Aspekt, der zeitnah umgesetzt werde. Auch das Maßnahmenpaket des Landes Hessen sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, meinte der Abgeordnete.

Zudem gelte es, zusätzliche Entlastungen durch die Verbesserung der Anflugverfahren zu erreichen. Auch Raabe unterstreicht, dass es sich beim Nachtflugverbot um einen ersten Schritt, einen Teilerfolg handele. „Das Gericht hat deutlich gemacht, dass die Bürger ein Recht auf Ruhe haben. Das kann nicht nur für die Nachtstunden gelten“, sagt der Sozialdemokrat. „Auch am Tage müssen alle Möglichkeiten, wie etwa lärmarme Anflugverfahren, ausgeschöpft werden, um die Situation für die Betroffenen zu verbessern.“

Die schwarz-gelbe Landesregierung greift Raabe in seiner Mitteilung an: Für ihn habe Wiesbaden mit dem Verbot „die gerechte Quittung für ihre Ignoranz erhalten. Kochs Wortbruch gegenüber den Bürgern ist vom Bundesverwaltungsgericht zu Recht abgestraft worden.“

Der Erste Kreisbeigeordnete Dr. André Kavai (SPD) wertet das Verbot ebenfalls als deutliches Signal gegen die Landesregierung, die sich immer wieder auf die Seite der Luftfahrtunternehmen geschlagen ha-

be. Die Grünen und die Freien Wähler im Kreistag schließen sich Kavai in einer gemeinsamen Pressemitteilung an.

Dass Hessen nun den eigenen und für die Landesentwicklung zugleich wichtigsten Planfeststellungsbeschluss nachbessern müsse, empfindet Hanau's Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) „fachlich wie politisch als Armutszeugnis ohnegleichen“. Nun erwarte er ein „deutliches Signal“, diese Anforderung zu befolgen. Auch den Bund sieht der Oberbürgermeister in der Pflicht.

„Es reicht nicht, dass Bundesverkehrsminister Ramsauer und das Umweltbundesamt mehr Schutz vor Fluglärm fordern, nun müssen auch Taten folgen.“

Der Fraktionsvorsitzende der Hanauer Linken, Jochen Dohn, begrüßt den Beschluss. „Profit ist nicht alles“, erklärte er gestern. Die Linke trete dafür ein, dass der VGH in Kassel die zurückgestellten 200 anhängigen Klagen nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes neu bewertet und verhandelt.

HA: D. C. 05.04.2012